



>>> Position

Anpassung der Elternbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege - Position der Linksfraktion im Stadtrat zu Leipzig

Mit einer Eilvorlage überraschte die Stadtverwaltung die Stadträtinnen und Stadträte Ende Januar. „Leipzig erhöht Elternbeiträge für Kindertagesstätten“ titelten alle einschlägigen Medien. Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Am 25.2.2010 steht der Vorschlag der Stadtverwaltung im Stadtrat zur Beschlussfassung. Die Linksfraktion wird ihr mehrheitlich zustimmen und informiert hiermit über Hintergründe und Motivationen.

Was steht zur Beschlussfassung?

Kernpunkt der Vorlage ist die dauerhafte Anpassung der Elternbeiträge für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege an die Betriebskosten (d.h. Sach- und Personalkosten). Ein weiterer Beschlusspunkt sieht vor 450.000 Euro der so erzielten 915.250 Euro Mehreinnahmen für die Qualitätsentwicklung in den Kindertageseinrichtungen zu verwenden.

Werden die Elternbeiträge erhöht?

Die Elternbeiträge werden nominell erhöht: für die Kinderkrippe 8,78 Euro/ Monat, für die Kita 4,36 Euro/ Monat und für den Hort 3,38 Euro. Dabei werden aber die in Leipzig geltenden prozentualen Anteile der Elternbeiträge an den durchschnittlichen Betriebskosten auf niedrigem Niveau festgeschrieben (ausgenommen dabei: Betreuung im Hort).

Im sächsischen Kindertagesstättengesetz ist für jede Betreuungsart eine prozentuale Spanne für die Festsetzung der Elternbeiträge festgeschrieben. Diese beträgt für die Krippe 20 – 23 % und für Kindergarten bzw. Hort 20 – 30 % der durchschnittlichen Betriebskosten aller Einrichtungen im Vorjahr. Auf Antrag der Linksfraktion und der SPD-Fraktion wurde dieser Anteil vor einem Jahr auf 21 % (vorher 22,984) für Krippenbetreuung bzw. auf 24 % (vorher 30 %) für den Kindergarten festgesetzt. Anders als in den vergangenen Jahren schöpft Leipzig die vom Freistaat definierte Spanne - den Hort ausgenommen - nicht maximal aus. Die Elternbeiträge sind und bleiben deshalb niedriger als im Jahr 2007.

Wird hier Haushaltskonsolidierung auf Kosten von Kindern betrieben?

Die Hälfte der erzielten Mehreinnahmen, die durch die geplante Anpassung der Elternbeiträge erzielt werden soll, wird in die Qualität der Betreuung in den Kindertageseinrichtungen investiert, dies entspricht einem Haushaltsantrag der Linksfraktion. Mit einem Ergänzungsantrag zur Beschlussvorlage fordert die Linksfraktion für die Qualitätsentwicklung in den Kita auch in den kommenden Jahren Mittel in mindestens derselben Höhe bereitzustellen.

Die Stadt Leipzig investiert im Jahr 2010 darüber hinaus erhebliche Summen in die Kinderbetreuung, 15 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr, insgesamt 92,7 Millionen Euro, sind im Haushalt 2010 für die Kita-Infrastruktur samt Betriebskosten eingestellt. Während die Stadt dem gestiegenen Bedarf an Betreuungsplätzen langsam nachkommt, stagniert die Kostenzuweisung durch den Freistaat Sachsen. Und hier liegt der Kern des Problems! Die gesetzlich festgeschriebene Zuwendung in Höhe von 1875 Euro pro Kind und Jahr ist nicht zeitgemäß, blendet stetig steigende Sach- und Personalkosten aus und belastet in Leipzig vor allem den kommunalen Haushalt. Dass die Stadt Leipzig die Anpassung der Betriebskosten an den tatsächlichen Bedarf (tatsächlich steigende Sach- und Personalkosten) bei freien Trägern im Jahr 2010 aussetzt und damit die Unterfinanzierung von ErzieherInnen und Ausstattung in Kauf nimmt, hat die Linksfraktion scharf kritisiert.

Der deutsche Städte- und Gemeindetag fordert berechtigterweise, dass die Landes-Kitapauschale um 400 Euro angehoben werden muss. Davon würden Kinder und ihre Familien, die Erzieherinnen und Erzieher und die finanziell stark belasteten Kommunen profitieren.

Trifft die Maßnahme nicht die, die sowieso wenig Geld haben?

Ein Drittel der Eltern in Leipzig sind von Kita-Gebühren befreit, dies sind einerseits Sozial Benachteiligte (Leipzig-Pass-InhaberInnen), andererseits können Familien ab dem 3. Kind (wenn 3 Kinder gleichzeitig eine Kindereinrichtung besuchen) eine 100%-ige Absenkung der Beiträge in Anspruch nehmen. Darüber hinaus gibt es weitere Möglichkeiten Ermäßigungen in Anspruch zu nehmen: bei mindestens zwei Kinder, die gleichzeitig eine Kindereinrichtung besuchen, wird für das 2. Kind eine Absenkung des Beitrages um 40 % für das 2. Kind gewährt, Alleinerziehende können für das 1. Kind eine Ermäßigung von 10 % und um 50 % für das 2. Kind in Anspruch nehmen,

Problematisch ist die Situation nichts desto trotz für die wachsende Zahl geringverdienender Eltern und Alleinerziehender, die die Beitragsbefreiungen nicht in Anspruch nehmen können, weil sie knapp über der Einkommensgrenze liegen, die zur Beitragsbefreiung berechtigt. Hier bedarf es einer Neudiskussion der Bemessungsgrenzen auf Grundlage aktueller Zahlen und Analysen der Lebenslagen von Eltern in Leipzig. Dafür wird sich die Linksfraktion stark machen.

Kann eine langfristige Verkoppelung des Anteils der Eltern an den Betriebskosten nicht dazu führen, dass die Elternbeiträge unkontrolliert ansteigen?

Der Stadtrat hat immer die Möglichkeit der Kontrolle der Kostenentwicklung und kann immer korrektiv eingreifen, wenn die Elternbeiträge über Gebühr steigen. Dem wird die Linksfraktion sorgsam nachkommen. Es darf aber auch hier nicht vergessen werden, dass die Anteile der Eltern an den Betriebskosten durch die Landesebene prozentual und nicht absolut festgeschrieben werden. Die Elternbeiträge für die Betreuung in Leipziger Kinderkrippen liegen bezogen auf die Betriebskosten 2008 sogar knapp unter der von der Landesebene definierten Grenze.

Und..

Die Zielrichtung linker Kita-Politik ist und bleibt die kostenfreie Betreuung aller Kinder in den entsprechenden Einrichtungen. Hierzu muss sich allerdings der Freistaat bewegen, indem er sich stärker an der Finanzierung von Kitas beteiligt.

Ihren Schwerpunkt legt die Stadtratsfraktion der Linken in Leipzig weiterhin auf die Deckung des Bedarfs an Kinderbetreuungs-Plätzen und die qualitative Weiterentwicklung der Betreuung. Ausschlaggebend für die Meinungsbildung in der Linksfraktion ist nicht zuletzt die Position des Gesamtelternrates als legitimierte Elternvertretung aller Leipziger Eltern, die ihre Kinder in Kitas, Horten und bei Tagesmüttern betreuen lassen. Der GER signalisierte im Jugendhilfeausschuss seine Zustimmung zum Vorhaben der Stadt.

Juliane Nagel
Kinder- und jugendpolitische Sprecherin

Februar 2010